

## Atommüll

## Atommülllager Morsleben – ein einsturzgefährdetes Endlager vor der Stilllegung

Von Inge Lindemann

„Wir liegen im Zeitplan. Die Hälfte der bergbaulichen Gefahrenabwehrmaßnahmen im Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) sind abgeschlossen“, verkündigte Ende 2006 Florian Emrich, Pressesprecher des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter.

Das BfS betreibt als „DDR-Altlast“ das erste und einzige genehmigte, deutsche Atom-Endlager in Sachsen-Anhalt. Ein ehemaliges Kali- und Salzbergwerk, unweit der früheren deutsch/deutschen Grenze, wurde „Endstation“ für den leicht- und mittelradioaktiven Atommüll der DDR. Die Bundesregierung und der damalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer wollten das Endlager nach 1990 weiternutzen, um den akuten Entsorgungsnotstand im Westen Deutschlands zu entschärfen. Dies gelang nur kurzfristig, da Morsleben wegen Einsturzgefahr und dem damit verbundenen „Absaufen“ des Bergwerkes geschlossen werden mußte. Seitdem wird „investiert“ und „saniert“, um zu verhindern, daß der im ERAM „verbudelte“ Atommüll zu einer Gefahr für Mensch und Umwelt wird. „Rund 375.000 von etwa 730.000 Kubikmeter Hohlräumvolumen sind bereits verfüllt“, sagte Emrich. „Bis 2009 sollen weitere 23 Hohlräume stabilisiert werden“. Bisher zahlte der Bund 150 Millionen Euro für die seit Oktober 2003 laufenden Verfüllaktionen. Für die Stilllegung des Endlagers Morsleben benötigt das BfS weitere 1,2 Milliarden Euro.

Die Sicherungsmaßnahmen im ERAM wurden notwendig,

weil Teile der Grubendecke im stark beanspruchten zentralen Bereich des mehrstöckigen und weitverzweigten Bergwerkes einstürzten (Löserfall 2001). Eine 33 Meter breite, 42 Meter lange und circa 5,5 Meter hohe Salzgesteinscholle hatte sich aus der Decke eines großen Hohlraumes gelöst.

„Ereignisse“ dieser Art hatten Umweltschützer und unabhängige Gutachter befürchtet. Deshalb forderten sie Morsleben sofort stillzulegen. Dafür sprachen nicht nur sicherheitstechnische Aspekte, sondern auch rechtspolitische Gründe. Für den Atomstandort lag kein Langzeitsicherheitsnachweis vor. Doch Klaus Töpfer ließ sich nicht beirren. Unter der Vorgabe, nur Krankenhausabfälle in Morsleben zu entsorgen, wurden beträchtliche Mengen gesamtdeutscher AKW-Abfälle in Containern zum Endlager gekarrt.

Eine gemeinsame Verbandsklage der Umweltorganisationen Greenpeace und BUND erzwang im Jahr 1998 jedoch den endgültigen Einlagerestopp. Im April 2001 erklärte das BfS als Betreiber und Bundesbehörde, keinen Atommüll mehr in Morsleben endlagern zu wollen.

Seit September 2005 läuft das atomrechtliche Stilllegungsverfahren. Dazu übergab das BfS die erforderlichen Unterlagen dem zuständigen Umweltministerium in Sachsen-Anhalt.

37.000 Kubikmeter leicht- und mittelradioaktive Abfälle wurden bis 1998 in Morsleben „verstürzt“ und „gestapelt“,

mit Kohlestaub „verdickt“, mit Salz „verfestigt“, abgedeckt und einzementiert.

Das vom BfS nun für das ERAM vorgesehene „Verschlußkonzept“ unterliegt nicht nur der Prüfung durch die zuständigen Behörden, sondern muß auch im Rahmen eines Anhörungsverfahrens öffentlich erörtert werden.

Sollte der Planfeststellungsbeschluß in den nächsten Jahren erteilt werden, rechnen die BfS-Mitarbeiter mit weiteren 15 Jahren für die konkrete Stilllegung der Anlage.

Die Genehmigung der Gefahrenabwehrmaßnahmen außerhalb des Stilllegungsverfahrens war umstritten. Deshalb hieß es im zuständigen sachsen-anhaltinischen Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB), daß man mit den Verfüllmaßnahmen dem Stilllegungsverfahren nicht vorgehen wolle. Aber bei „Gefahr in Verzügen“ müsse schleunigst gehandelt werden. Deshalb werde versucht, durch gezieltes Einbringen von Beton die Standfestigkeit zu erhöhen und die sogenannte Barrierefunktion des Salzes zu verbessern. Mit diesen Arbeiten wollen BfS und LAGB verhindern, daß sich die Schäden im Salzgebirge auf noch nicht betroffene Bereiche des Endlagers ausweiten. In diesem Fall könne ein unkontrolliertes Absaufen von Deutschlands erstem Atomendlager nicht aufgehalten werden, so die Experten.

Neben der Instabilität des Grubengebäudes gefährden in Morsleben kontinuierliche und teils erhebliche Laugenzuflüsse die Eignung dieses Standortes als Atomendlager. Zu diesem Schluß kamen Gutachter des Brennstoffinstitutes in Freiberg schon im Juni 1984. Die hydraulischen Verhältnisse könnten sich in einem Zeitraum von circa 100 Jahren deutlich verschlechtern, ist im Schriftsatz nachzulesen, was mit Zuflüssen von mehr als 400 Litern pro

Minute in das Endlager verbunden sein könnte.

Seit 1994 bestätigen die vom BfS in Auftrag gegebenen Gutachten, daß wegen gebirgsmechanischer Entwicklungen Wasser die Salzdecken am Standort Morsleben durchdringen kann. Diese Zuflußstellen sind heute zahlreich und unterliegen noch der Kontrolle. Doch auch wenn man wollte, der Atommüll in Morsleben kann aus den Tiefen nicht mehr geborgen werden.

Das Endlager liegt innerhalb der Salzlagerstätte Oberes Allertal. Diese Salzstruktur entstand in einer von Nordwesten nach Südosten verlaufenden Störungszone (Allertalzone) zwischen den Grundgebirgsaufbrüchen Harz und Flechtinger Höhenzug. Sie erstreckt sich von Wolfsburg im Nordwesten bis etwa Seehausen im Südosten über circa 50 Kilometer und ist etwa zwei Kilometer breit. Bis 1969 wurden bis in 500 Metern Tiefe Kali- und Steinsalze abgebaut.

Greenpeace, November 1997, Ehemaliges Salzbergwerk als Atomendlager ungeeignet – Morsleben durch Absaufen und Einsturz bedroht.

Greenpeace, November 2000, Atomüllager Morsleben – Skandalchronik einer Atommüllkippe Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) 2001, Endlager Morsleben – Das Endlager für radioaktiver Abfälle vor der Stilllegung BfS 11.01.02 Firstfall im Abbau 3s der 2. Sohle Bartensleben unter <http://www.bfs.de/presse/aktuell/eram/text0107.htm>

Brennstoffinstitut Freiberg, Juni 1984, Bericht über die Beurteilung der Sicherheit der Endlagerung radioaktiver Abfälle im ERAM – 1. Ausbaustufe. ●